

Bundesregierung fördert Waffendealer

Mit der Umsetzung des EU-Verteidigungspaketes (Defence Package) soll den Waffenhändlern aus der Europäischen Union und insbesondere aus Deutschland weiterer Auftrieb verschafft werden.

Innerhalb der EU sollen mit der Richtlinie nationale Vorschriften auf niedrigstem Niveau harmonisiert, also Waffengeschäfte gefördert werden. Die deutsche Rüstungsindustrie verspricht sich davon weitere glänzende Profite in den Krisenregionen der Welt.

Die deutschen Waffendealer konnten ja bereits in den letzten Jahren den dritten Rang der größten Waffenexporteure der Welt erringen. Im Zeitraum 2007 bis 2011 stiegen nach SIPRI-Angaben die deutschen Waffenexporte um 37 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum 2002-2006. Aber: "Der dritte Platz ist eine Schande", titelte die "Berliner Zeitung" am 20. März des Jahres.

Besonders Länder wie Saudi-Arabien, Bahrain, die Vereinigten Arabischen Emirate, Jemen und

Ägypten dürfen sich über deutsche Waffen freuen. Die Geschäftsinteressen der Rüstungskonzerne und die geostrategischen Interessen der Bundesregierung sind hier deckungsgleich. Der Nahe Osten und Nordafrika (Beispiel Algerien) liegen im Fokus dieser Interessen.

Inzwischen gelten auch Waffenlieferungen für reaktionäre arabische Regimes und die vorbehaltlose Unterstützung der jeweils aktuellen israelischen Politik nicht mehr als Widerspruch. Während Saudi-Arabien die modernsten deutschen Leopard-Kampfpanzer bekommen soll, baut die deutsche Werften-Industrie die U-Boote Nummer 4 und 5 für die israelische Marine. Aus den Torpedorohren dieser Boote der Dolphin-Klasse können atomare Marschflugkörper verschossen werden. Ein Drittel der Kosten trägt der deutsche Steuerzahler. Bis 2015 soll ein sechstes Boot dieses Typs geliefert werden.

Für die Bundesregierung gilt: Nie mehr Krieg ohne Profit für deutsche Waffenschmieden!

Hände weg von Iran und Syrien!

Den wirtschaftlich und politisch Herrschenden müssen Kriege wie in Afghanistan, Irak und Libyen unmöglich gemacht werden. Militärischen Interventionen gegen Syrien und Iran widersetzen wir uns.

Im Konflikt mit Syrien und Iran geht es nicht um Menschenrechte und Atompolitik, sondern um die Vorherrschaft in einer der geostrategisch bedeutendsten Regionen.

(Aus einem Aufruf des Bundesausschusses Friedensratschlag)

Berliner Stiftung bildet syrische Islamisten aus Regimewechsel in Berlin organisiert

"Das neue Syrien kommt aus Wilmersdorf", titelt die Internetausgabe der "Zeit" am 25.07. 2012. Bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin wurden seit Januar Oppositionelle aus Syrien für die Zeit nach dem Sturz der syrischen Regierung unter Assad nach westlichen Vorstellungen ausgebildet. Das Projekt lief unter dem Code-Namen "Day After" und wurde vom SWP, das von der Bundesregierung bezahlt wird, und einer US-Partner-Einrichtung betrieben. Das Berliner Außenministerium und das State Department der USA halfen mit "Geld, Visa und Logistik". Aus Syrien wurden unter strikter Geheimhaltung ehemalige Generäle, Wirtschafts- und Justizexperten eingeflogen. Auch islamistische Vertreter und Angehörige der sogenannten "Freien Syrischen Armee" gehörten dazu. Das alles passierte, während die Berliner Politiker scheinheilige Friedens-Appelle an die syrische Regierung und an China und Russland richteten.

Zum Ausbildungsprogramm für die syrischen Oppositionellen gehörte übrigens auch ein Besuch bei der Stasi-Unterlagenbehörde.

Die Bundesregierung steht im Syrien-Konflikt an vorderster Front der Kriegstreiber und positioniert sich gegen jede mögliche Kompromisslösung. Die ihr nahestehende Stiftung SWP rät in Publikationen offen zu militärischer Einmischung in Syrien. "Die erste Handlungsoption wäre der verdeckte Einsatz von Spezialkräften in Syrien, der vor allem zwei Ziele hätte: Zum Einen die Unterstützung der Freien Armee Syriens (FAS) in Form von Ausbildung und Bewaffnung und zum Zweiten die Schwächung des syrischen Regimes durch Sabotage der militärischen Infrastruktur."

So verwundert es auch nicht, dass die Bundesregierung öffentlich stets ein "Herz für Terrorismus" zeigt. Während man beispielsweise nicht einmal den Anschlag auf Regierungsvertreter in Damaskus Mitte Juli verurteilen wollte, bei dem es mehrere Tote gab, musste man auf eine Anfrage im Bundestag hin jetzt zugeben, dass rund 90 Anschläge in Syrien zwischen Ende 2011 und Anfang Juni 2012 auf das Konto von Al Kaida oder anderen islamistischen Organisationen gehen.

Ja, ich will:

- Mehr Infos über die DKP und ihr Programm
 Kontakt zu einer DKP-Gruppe in meiner Nähe

Name

Vorname

Straße

Hausnummer

PLZ

Ort

Ausfüllen und abschieken an:
DKP-Parteivorstand, Hoffnungstr. 18
45127 Essen
E-Mail: dkp.pv@t-online.de
www.dkp.de